

Riesener Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Lagerplatz Riesa,
Hauptstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesener Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa befähigter bestimmter Blatt.

Verkaufspreis:
Dresden 1.800.
Einzelpreis:
Riesa Nr. 52.

Nr. 36.

Donnerstag, 12. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Zeile 20 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag für Farbe, Bemalung, Rabatt, wenn der Betrag verfällt, durch Auftraggeber in Konturauftrag. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsbeilage: 10 Pfennig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Leseranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Döcker & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götterstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag beendet.

Der Misstrauensantrag gegen Außenminister Dr. Curtius abgelehnt.

• Berlin. Der Reichstag hat am Mittwochabend den kommunalistischen Misstrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius mit 255 gegen 87 Stimmen der Kommunisten und des Landvolks bei 29 Enthaltungen der Wirtschaftspartei und der Volksnationalen abgelehnt. — Damit war auch der Misstrauensantrag des Landvolks gegen den Außenminister erledigt. Das Haus beschloß ferner, über den deutschnationalen Misstrauensantrag gegen Dr. Curtius zur Tagesordnung überzugehen, da ja die Antragsteller selbst nicht einmal anwesend seien. Die nächste Sitzung wurde auf heute Donnerstag 15 Uhr festgesetzt. Es soll dann auch ein Zentrumsantrag zur Abstimmung gebracht werden, über die restlichen Anträge der nicht anwesenden Oppositionsparteien der Reichstag am Donnerstag die Wahl des Vizepräsidenten und zweier Schriftführer und die restlichen Bestimmungen zum Haushalt des Auswärtigen Amtes vornehmen. Ferner steht der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zur Beratung.

Der Sitzungsbericht.

von Berlin, 11. Februar 1931.

Präsident Röbe eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Sitzung des

Reichshaushaltsplans für 1931

beim Haushalts des Auswärtigen Amtes. Mit ihr verbunden sind die Misstrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius. Vor Eintritt in die Tagesordnung vermahnt sich, wie wir bereits gemeldet haben, Abg. Döcker (Dtsch. Landvolk) in einer Erklärung gegen Vorwürfe der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Abg. Stöcker (Komm.) warnt die Arbeiterklasse davor, sich durch den Ausbruch der Reichspolitik eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten zu bilden. Diese Einheitsfront sei nicht wegzuleugnen. Millionen von Erwerbslosen würden am 15. Februar in allen Ländern der Welt gegen den Kapitalismus aufmarschieren. (Das Interesse an den Verhandlungen ist außerordentlich gering. Auch die Regierungsparteien sind nur sehr schwach im Sitzungssaal vertreten; die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und ein Teil des Landvolks halten sich grundsätzlich fern von den Verhandlungen.)

Abg. Volkst (D.-P.) betont, daß die Verhandlungen des Studienausschusses für europäische Zusammenarbeit von höchster Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft seien. Die Ergebnisse der vorbereitenden Abrüstungskommission hätten nicht nur schwere Enttäuschung, sondern tiefe Ernüchterung in Deutschland ausgelöst. Der Völkerbund ist es nicht schuldig, in dieser Frage dem klaren Recht Deutschlands Vornahme zu verweigern. Hinsichtlich der Durchführung des Ratsbeschlusses in der Runderheftungsfrage durch Polen kann man schwere Befürchtungen nicht unterdrücken, die durch die Auslegung der Ratsbeschlüsse in der polnischen Presse noch unterfüttert werden. Die Behauptungen des englischen Kolonialamts, das ostafrikanische Mandatsgebiet den englischen Kolonien einzuverleiben, verlangen schärfste Ablehnung. Der Anspruch auf Rückgabe der deutschen Kolonien ist auch von prominenten Persönlichkeiten des Auslandes unumwunden festgehalten. Auch gegen die Forderungen der Kriegsschuldfrage muß schärfster Einspruch eingelegt werden. Hält dieses Wahngelände, dann fällt auch die moralische Berechtigung auf Fortzahlung der Reparationen. — Zum Schluß erklärte der Redner, daß auch seine Partei für nationale Opposition rede, daß sie es aber für richtiger halte, von der Tribüne des Reichstages für Deutschlands Ehre und Freiheit zu kämpfen, statt die Flucht zu ergreifen und diese Dinge lediglich in milder Agitation zu behandeln.

Abg. Gey (Landvolk): Ein Teil der nationalen Opposition hat gestern dem Reichstagsaal verlassen und damit nach unserer Auffassung das politische Kammerfeld geräumt. Wir halten eine derartige Demonstration vor allem aus sachlichen Erwägungen heraus für unbegründet und falsch. Wenn die Deutschnationalen nach dem Ausbruch der Nationalsozialisten fluchtartig den Saal verlassen und damit die letzten Reste selbständiger Meinungs- und Willensbildung zugunsten einer nationalsozialistischen Führung aufgegeben haben, so ist das ihre Sache. Wir haben auch in der nationalen Opposition, aber wir sind nicht bereit, uns von Herrn Giller oder Frau die politische Richtung vorschreiben zu lassen, die wir zu geben haben. Wir werden auch eigener Kraft unsere Meinung, unsere Wege, unsere Taktik, unsere Ziele zu bestimmen haben. (Beifall.) Nach der Flucht der anderen Parteien (Die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und die Landvolk-Abgeordneten Dr. Wendhausen, n. Sobel, Sieber und Haag nehmen auch an der heutigen Sitzung nicht teil.) fällt und die nationale Opposition in diesem Saal zu. Sie ist gerade in außenpolitischen Fragen

notwendig, damit im Ausland nicht eine falsche Meinung über die wahre Stimmung des deutschen Volkes entsteht. Wir wollen uns sachlich auseinandersetzen mit der Außenpolitik der Regierung, die wir nicht für richtig halten. Wir wünschen durch eine klare Auskunft des Außenministers von der Sorge befreit zu werden, daß die Zustimmung Frankreichs zum deutschen Standpunkt in der Runderheftungsfrage in Polen etwa erkauft worden sei durch ein deutsches Nachgeben in der Abrüstungsfrage. Außenminister Dr. Curtius: Ich kann sofort antworten: Ich habe keinerlei Zusicherungen gegeben!

Abg. Gey beharrt in seinen weiteren Ausführungen den Abschluß des deutsch-polnischen Disarmations-Abkommens und wendet sich gegen den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages. Polen, das die deutsche Runderheftungsfrage verweigert, kann überhaupt nicht als Vertragspartner für Deutschland in Frage kommen. Zum Völkerbund und zu seiner Politik ist im deutschen Volk kein Vertrauen mehr vorhanden. Den französischen Paneuropaplänen ist der deutsche Außenminister leider schon zu weit entgegengekommen. Wir bekämpfen diesen Plan. In einem wirtschaftlichen Panuropa würden die deutschen Landwirte und Weinbauern vollends zugrunde gehen. Die Kreditaufnahme bei Frankreich würde uns mit goldenen Ketten noch fester in Abhängigkeit von unserem schmerzlichen Gegner bringen.

Abg. Gimpelndorfer (Christl.-Soz.) betont, der Außenminister habe zwar in Genuß den Runderheftungsvertrag nicht ohne Gefahr und Erfolg vertreten, aber ein Sieg sei es nicht gewesen. Es sei mehr als zweifelhaft, ob Polen die verlangten Abhilfemaßnahmen auch ergreifen werde. In begründeter Weise, daß Deutschland den Entwurf der Abrüstungskommission als nicht bindend für Deutschland erklärt habe. Ein Zurückweichen in diesem Punkt würde die deutsche Regierung vor der Geschichte auch niemals verantworten können. Bis zum Aufkommen der Abrüstungskonferenz müsse die deutsche Regierung die Welt über die wohlbegünstigten und berechtigten deutschen Ansprüche und über die Vertragsbrüchigkeit der anderen aufklären.

Abg. Graf Oudert (Bayr. Vp.): Wir haben keine Veranlassung, von einem deutschen Siege in Genuß zu reden. Es hieße aber geradezu, diesen ersten Kalauer des Völkerbundes zur Pflichterfüllung im Reime erfinden, wenn wir aus diesem Anlaß jetzt unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund kündigen wollten. Deutschland muß nachdrücklich darauf gedrungen werden, daß nun endlich auch die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz unter dem Gesichtspunkt der gerichtlichen Grundzüge für alle Staaten in Angriff genommen werden. Wir begrüßen es, daß Dr. Curtius das in Genuß klar zum Ausdruck gebracht hat. In der Reparationsfrage machen wir eine Abenteurerpolitik ebenso wenig mit wie auf jedem anderen Gebiet. Wir haben das Vertrauen zur Reichsregierung und vor allen Dingen zum Reichskanzler, daß ununterbrochen daran gearbeitet wird, einen Weg zu finden, wie endlich finanziell Erleichterungen für das deutsche Volk erreicht werden können. Die Misstrauensanträge gegen den Reichsaußenminister werden wir ablehnen. (Beifall v. d. Bayr. Volksp.)

Von der Landvolkspartei ist inzwischen ein Misstrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius eingegangen, der fünfzehn Unterschriften trägt. Der Antrag trägt u. a. auch die Unterschrift des Abg. Haag, nicht aber die der Abg. Dr. Wendhausen, v. Sobel und Sieber.

Abg. Dr. Reinhold (Dt. Staatsp.) weist darauf hin, daß die Deutschnationalen, die seit Wochen eine außenpolitische Kampagne verlangt hätten, sich jetzt der Beteiligung an ihr durch die Flucht entziehen hätten. Der Ausbruch der Reichspolitiken sei vielleicht dadurch verursacht, daß ihnen der Erfolg des Außenministers in Genuß das Konzept verdorben habe. Erstreutlicher Weise habe der Minister mit aller Klarheit festgestellt, daß Deutschland die in Versailles diktierten Diktoren nicht anerkennen könne. Auch seine Zurückweisung der Kriegsschuldfrage sei zu begrüßen, denn in einem Friedensbündnis könne man nicht die Kriegsschuld eines einzelnen Landes feststellen. Ebensovielein könne natürlich die einseitige deutsche Unschuldserklärung geschichtliche Wahrheit schaffen. Das sei die Aufgabe der historischen Untersuchung, die Deutschland in Ruhe abwarten könne. Wer lehnt den Austritt aus dem Völkerbund verlanget, beweise damit, daß er sich des wichtigsten Mittels, den deutschen Runderheftungen Schutz zu gewähren, begeben wolle und daß es ihm nur um eine Politik der Phrasen zu tun sei. Klarheit der Ziele und Folgerichtigkeit der Methoden seien entscheidend für die deutsche Außenpolitik. Galte der Außenminister weiter daran fest, so werde er auch in Zukunft das Vertrauen der Staatspartei haben.

Abg. Abel (Volkstn. Reichsp.) betont, daß der Antrag seiner Freunde auf Austritt aus dem Völkerbund vor dem Bekanntwerden der Ergebnisse des Außenministers eingebracht worden sei. Wenn andere Parteien jetzt einen solchen Antrag einbrächten, so würden sie damit nur erreichen, daß sich die gesamte Weltöffentlichkeit gegen Deutschland wende. Was Polen betreffe, so habe Deutschland schon so viele Beweise seiner Verständigungsbereitschaft gegeben, daß ihm keinerlei Beweise mehr zu geben übrig

bleibe. Der Redner erinnert die Regierungsparteien daran, daß ihre Mehrheit sehr gering sei, und wirt ihnen vor, die nationale Opposition am Reden allzu stark zu behindern. (Widerspruch v. d. Soz.) Seine Freunde könnten dem Außenminister in diesem Augenblick das Vertrauen noch nicht ausdrücken. (Hört! Hört!) bei den Regierungsparteien) und wählten ihre endgültige Stellungnahme noch von weiteren Erklärungen des Ministers abhängig machen.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) weist den Vorwurf des Vorredners, die nationale Opposition werde geknebelt, zurück. Positive Vorschläge zur Außenpolitik habe Herr Abel sehr wenig vorgebracht, und die Sozialdemokraten hätten auch keine Veranlassung, sich mit ihm über Fragen des Christentums und die Haltung der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen, zumal der Wagen, auf dem Herr Abel in den Reichstag gefahren sei, ja wohl auch nicht ein ganz christlicher gewesen sei. (Heiterkeit.) Deutschland habe im vergangenen Jahrzehnt den Weg der Verständigung beschritten, um seine Gleichberechtigung zu erhalten. Dieser Weg sei sicher oft genug bornenvoll gewesen, aber zum letzten Ziel habe die sogenannte Erfüllungspolitik stets geführt. Schlimmeres von Deutschland fernzuhalten und die Wege für die Erkenntnis zu öffnen, daß die Politik der Siegermächte nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt schädige. Gerade in der letzten Zeit habe diese deutsche Politik nennenswerte Erfolge erzielt. Mit der bisherigen Politik, so erklärt der Redner, kommen wir weiter als mit der geforderten Einstellung der Young-Planungen. Erst Ordnung der Finanzen und der Wirtschaft im eigenen Lande, dann Revision der Reparationen! (Beif. der Soz.)

Abg. Graf Westarp (Kons.) lehnt einen Zusammenschluß europäischer Staaten, der lediglich die Grundlage des Versailleser Vertrages aufrechterhalten solle, ab. Ohne Beseitigung des Versailleser Diktats bleibe die Sicherheit nicht nur Deutschlands, sondern auch aller anderen europäischen Länder gefährdet. In der Abrüstungsfrage müsse der deutsche Standpunkt unbedingt klarer und entschiedener herausgearbeitet werden. Der Welt müsse gesagt werden, daß auch dem deutschen Volke einmal die Schuld reihe und daß es sich nicht länger das Recht nehmen lassen könne, selbst über die Verteidigung von Heimat und Herd, von Ehre und Freiheit zu entscheiden. Die moralische Beurteilung der polnischen Gewaltpolitik in Genuß sei ein Fortschritt, doch sei der tatsächliche Nutzen zu bezweifeln, da Polen seine Verpflichtungen nicht loyal erfüllen wolle. Zum Schluß fordert der Redner unverzügliche Änderung der Tribunaal ohne Rücksicht auf weitere innenpolitische Maßnahmen und lehnt neue Auslandskredite ab.

Abg. Erling (Zentrum): Nachdem die Deutschnationalen und Nationalsozialisten der Verhandlung ferngeblieben sind, beantrage ich, über alle Anträge dieser Parteien zur Tagesordnung überzugehen.

Mit großer Mehrheit wird darauf Uebergang zur Tagesordnung über den deutschnationalen Misstrauensantrag beschlossen.

Misstrauensantrag gegen Dr. Curtius abgelehnt

In nameantlicher Abstimmung wird dann der vom Landvolk und von den Kommunisten eingebrachte Misstrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Curtius mit 255 gegen 87 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Für den Misstrauensantrag haben gestimmt die Kommunisten, das Landvolk und die Christlich-Sozialen. Die Wirtschaftspartei und die Volksnationalen haben blau Karten (Stimmhaltung) abgegeben und die Volksparteien haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Gegen 9 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 8 Uhr.

Der „Völkische Beobachter“ über den Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag.

(München. Zum Ausbruch der Rechtsopposition aus dem Reichstag schreibt der Völkische Beobachter an leitender Stelle unter der Überschrift: „Der einseitige Interessentenhaufen“ u. a.: „Der Ausbruch der Deutschen aus dem Tribunaal-Reichstag ist zweifellos ein geschichtlich-politisches Ereignis. Jetzt kann sich der Interessentenhaufen mit dem Marxismus allein unterhalten, was insofern interessant ist als SPD. und KPD. ohne uns, die Deutschnationalen und Teile des Landvolkes in der Mehrheit sind. Sie verfügen über 220 gegen rund 205 Stimmen der Young-Bürger, was auszunutzen die KPD. sicher nicht unterlassen wird. Ein riesige nationalsozialistische Versammlungswelle wird jetzt im Volk aufsteigen. Im übrigen versteht sich von selbst, daß der Ausbruch der nationalsozialistischen Reichstagsopposition keine vorübergehende Konteraktion darstellt, sondern den Anfang eines neuen Abschnittes in der Geschichte unserer Freiheitsbewegung bedeutet. Ein neuer Kampf beginnt.“